

# Islamismus und Extremismus konsequent bekämpfen



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller\*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)  
 Tagesordnungspunkt: OHNE Anträge ohne Tagesordnungspunkt  
 Status: Zurückgezogen

1 Wir Grüne stellen lehnen jede Form von gewaltbereitem Extremismus ab. Das Ziel  
 2 unserer Politik ist, ein Leben in Freiheit und Würde für alle zu ermöglichen.  
 3 Die mutmaßlich islamistischen Terroranschläge der vergangenen Monate in Wien,  
 4 Nizza, Conflans-Sainte-Honorine und Dresden zeigen erneut: Islamist\*innen  
 5 bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische  
 6 Grundordnung. Deshalb müssen wir uns jeglichen islamistischen und  
 7 extremistischen Bestrebungen konsequent in den Weg stellen. Nach den Anschlägen  
 8 von Wien, Nizza, Conflans-Sainte-Honorine und Dresden stehen wir Seite an Seite  
 9 - Europa ist solidarisch im Kampf gegen Islamismus und Extremismus und für eine  
 10 Meinungsfreiheit, die auch Kritik oder Spott an Religionen umfasst.

11 Die Religionspolitik in Deutschland muss sich an den religionsfreiheitlichen  
 12 Leitplanken des Grundgesetzes mit Religionsfreiheit und weltanschaulich  
 13 neutralem Staat, Förderung der religiösen Selbstbestimmung der  
 14 Religionsgemeinschaften und Trennung von Staat und Religion orientieren und so  
 15 Versuchen entgegenzutreten, über politische Instrumentalisierung Gesellschaft zu  
 16 spalten und Menschen zu radikalieren.

17 In Baden-Württemberg haben wir die Sicherheitsbehörden mit drei gezielten  
 18 Maßnahmenpaketen für die Terrorismusabwehr gestärkt. Aber die Gefahr islamistisch  
 19 motivierter Terroranschläge bleibt hoch. Es gibt extremistische Zirkel, die vor  
 20 allem aufgrund ihrer Sympathien für islamistischen Gewalttaten einen Schwerpunkt  
 21 in der Beobachtungstätigkeit des baden-württembergischen Verfassungsschutzes  
 22 bilden. Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg muss regelmäßig eine 2-  
 23 stellige Zahl von Objekten und Vereinigungen beobachten. Derzeit ist von  
 24 deutlich über tausend Anhängern salafistischer Bestrebungen im Land auszugehen,  
 25 davon gelten nach Ansicht der Sicherheitsbehörden über 500 als gewaltbereite  
 26 Jihadisten. Hinzu kommt eine zunehmende Anzahl von Personen, bei denen die reale  
 27 Annahme besteht, dass sie eine schwere islamistisch motivierte Straftat begehen  
 28 könnten (sogenannte Gefährder).

29 Gegenüber dieser Gefahr brauchen wir einen starken und handlungsfähigen  
 30 Rechtsstaat. Das geht nur gemeinsam mit den Muslimen, nicht gegen sie. Wir als  
 31 Grüne stellen uns konsequent gegen Islamfeindlichkeit und gegen  
 32 gesellschaftliche Polarisierung. Anstatt eine Religion an sich zu  
 33 stigmatisieren, wollen wir ein breitgefächertes und zielgerichtetes  
 34 Maßnahmenpaket aus Bildung, Prävention und juristischer Härte. Dabei sind alle  
 35 Instrumente kontinuierlich auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und  
 36 Wirksamkeit zu überprüfen.

37 **Ermittlungsarbeit und Sicherheitsbehörden stärken**

38 Wir Grüne haben mit den von uns geführten Landesregierungen seit 2011 für eine  
39 Steigerung der Sicherheit in unserem Land gesorgt. Ganz entscheidend sind dabei  
40 wirksame Instrumente für die Sicherheitsbehörden und Ausstiegsberatungen. Diese  
41 reichen von der Früherkennung jihadistischer Gewalttäter über die rechtlichen  
42 und tatsächlichen Voraussetzungen einer intensiven Gefährderüberwachung bis hin  
43 zu Deradikalisierungsmaßnahmen.

44 Im Jahr 2016 wurde beim Landeskriminalamt eine Stelle zur Früherkennung  
45 jihadistischer Gewalttäter eingerichtet. Ermittlungen gegen Islamisten werden in  
46 engem Verbund zwischen dem LKA und den regionalen Polizeipräsidien geführt. Ein  
47 intensiver behördenübergreifender Informationsaustausch auf Landes- und  
48 Bundesebene, insbesondere im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin (GTAZ),  
49 gilt es zu verstetigen und personell zu stärken. Dabei gilt es, den bundesweiten  
50 Informationsaustausch zu Gefährdern weiter zu verbessern, damit auch einfache  
51 Delikte der Allgemeinkriminalität von Gefährdern bundesweit abrufbar sind.

52 Die Bekanntheit des webbasierten anonymen Hinweisgebersystems Business Keeper  
53 Monitoring System (BKMS) gilt es zu steigern. Über dieses können Bürger\*innen  
54 rund um die Uhr und unter dem Schutz der Anonymität Hinweise zu Personen und  
55 Straftaten für den Bereich des Islamistischen Extremismus/Terrorismus mitteilen.

56 Es gilt, die Sicherheitsbehörden weiter personell zu stärken, weshalb wir  
57 bereits 2016 die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der baden-  
58 württembergischen Landespolizei gestartet haben.

59 Gefährder müssen konsequent überwacht werden. Dafür braucht es mehr finanzielle  
60 und personelle Ressourcen. Zur Rückführung Nicht-deutsche Staatsbürger\*innen-  
61 sofern rechtsstaatlich möglich und faktisch durchführbar - braucht es  
62 Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern. Es braucht außerdem einen Fokus auf  
63 Waffenhandel im Internet - Gefährder dürfen nicht an Waffen gelangen.

64 Gegen extremistische Organisationen vorgehen: Auch gegen nichtislamistische  
65 extremistische Organisationen mit Verbindungen ins Ausland müssen wir konsequent  
66 vorgehen. Hierzu sind insbesondere auch die Grauen Wölfe („Ülkücü-Bewegung“) zu  
67 zählen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die Grauen Wölfe als  
68 rechtsextremistische Ausländerorganisation ein, die "auf einer nationalistischen  
69 und rassistischen rechtsextremistischen Ideologie" fußt. In den 1970-er Jahren  
70 ermordeten die Grauen Wölfe hunderte Andersdenkenden in der Türkei, insbesondere  
71 ethnische Minderheiten und politisch Linke. Auch in Deutschland, Frankreich und  
72 anderen Ländern verbreiteten die Grauen Wölfe in den vergangenen Jahrzehnten  
73 rassistisches, antisemitisches und anderes menschenverachtendes Gedankengut und  
74 verübten rechtsextreme Terroranschläge und Morde. Daher setzen wir uns im Bund  
75 für eine stärkere Beobachtung und eine Prüfung des Verbots der Grauen Wölfe ein.

76 In Baden-Württemberg hat allein der größte den Grauen Wölfen zuzurechnende  
77 Verein, die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in  
78 Deutschland e. V. (ADÜTDF), rund 2.200 Mitglieder in ca. 45 Ortsvereinen.  
79 Daneben unterhält die ATIB mehrere Moscheen. Über ihre sehr aktive Jugend- und  
80 Kulturarbeit rekrutieren die Grauen Wölfe Anhänger, insbesondere im Großraum  
81 Stuttgart. Auch in Baden-Württemberg sollten wir daher konsequenter gegen die

82 Grauen Wölfe vorgehen. Bei nachweislichen Bestrebungen gegen die freiheitlich-  
83 demokratische Grundordnung sind Vereine und Verbände, islamistisch oder  
84 nichtislamistisch, konsequent zu verbieten. Außerdem wollen wir ausländische  
85 Geldflüsse stärker kontrollieren und langfristig unterbinden.

#### 86 **Präventionsprogramme ausbauen**

87 Unser Ziel ist, Gewalt zu verhindern, bevor sie passiert. Radikalisierung  
88 insbesondere junger Menschen muss möglichst früh bekämpft werden. Deshalb muss  
89 die Präventionsarbeit weiter verstärkt werden. Wir müssen alles dafür tun, damit  
90 Menschen nicht in Extremismus, Gewalt und Hass abgleiten. Dafür ist ein  
91 bundesweites Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk nötig, das die Arbeit  
92 von Bund, Ländern und Kommunen sowie Zivilgesellschaft vernetzt und auch  
93 Präventionsmaßnahmen mit Moscheevereinen und muslimischen Gemeinden und  
94 Initiativen einschließt.

95 In Baden-Württemberg ist das Kompetenzzentrum gegen Extremismus (KONEX) eine  
96 zentrale Anlaufstelle. Die Arbeit des KONEX wollen wir weiter unterstützen. Zur  
97 Eindämmung des Islamismus begrüßen wir es, wenn das KONEX in engem Kontakt mit  
98 Moscheen-Verbänden und muslimisch geprägten Vereinen steht. Insbesondere die  
99 Online-Tätigkeit sollte ausgebaut werden, um die Propaganda von jihadistisch-  
100 islamistisch geprägten Bewegungen zu bekämpfen. Gleichzeitig sollen offline  
101 niedrigschwellige sozialarbeiterische Betreuungsangebote ausgebaut werden. Hier  
102 möchten wir v.a. die Einstellung von Islamwissenschaftler\*innen und Islamischen  
103 Theolog\*innen fördern. Präventionsangebote sind auszubauen und zielgerichtete  
104 auf junge Menschen zuzuschneiden: insbesondere das Präventionsprojekt ACHTUNG?!  
105 an Schulen. Eine Werbekampagne zur Ausstiegsberatung ist aufzusetzen. Darüber  
106 hinaus soll das, dem KONEX angehörende, Landesbildungszentrum Deradikalisierung  
107 verstärkt Fortbildungen für Lehrer\*innen gestalten.

108 Das Programm „Polizei und Muslime“, welches auf muslimisch geprägte  
109 Organisationen zugeht mit dem Ziel der interkulturellen Öffnung der Polizei, der  
110 Kontaktförderung muslimischer Communities mit der Polizei und der Integration  
111 dieser Vereinigungen in bestehende Netzwerke der Kommunalen Kriminalprävention  
112 gilt es sowohl personell als auch finanziell zu stärken.

113 Gefängnisse sind oftmals Brutstätten für Radikalisierung, daher müssen wir hier  
114 die Deradikalisierungsarbeit dringend verstärken.

#### 115 **Integration fördern**

116 Wir wollen die Identifikation von Muslim\*innen mit den Werten einer freien,  
117 toleranten und vielfältigen Gesellschaft stärken. Schlüsselfiguren bei der  
118 Integration von Muslim\*innen sind Imame, aber auch Lehrer\*innen für den  
119 islamischen Religionsunterricht. Hierfür ist ein Studium der islamischen  
120 Theologie Voraussetzung, welches in Baden-Württemberg die Universität Tübingen  
121 anbietet. Es ist im Sinne einer vernünftigen Integrationspolitik, dass  
122 islamische Religion an Schulen grundgesetzkonform vermittelt wird – und auch  
123 Islamismus thematisiert. Die Ausbildung von Lehrer\*innen für den islamischen  
124 Religionsunterricht soll in diesem Sinne weiter gefördert werden. Dabei muss der  
125 Einfluss aus dem Ausland politisch gesteuerter Vereine sukzessiv zugunsten in

126 Deutschland selbstbestimmter organisierter islamischer Religionsgemeinschaften  
127 zurückgedrängt werden.

128 Die meisten Imame in Deutschland sind aus dem Ausland entsandte Geistliche. Ihre  
129 Loyalität gehört oftmals ausländischen staatlichen Stellen, die zumeist auch  
130 arbeitsrechtlich ihre Arbeitgeber sind und nicht etwa eine juristische Person in  
131 Deutschland. Das steht in einem Spannungsverhältnis zum Schutz des religiösen  
132 Selbstbestimmungsrechtes von Religionsgemeinschaften im Grundgesetz.

133 Wer in Deutschland als Imam predigen will, sollte in Deutschland eine  
134 vergleichbare Ausbildung durchlaufen wie bei den Geistlichen der beiden großen  
135 Kirchen oder der jüdischen Gemeinschaft. Das wollen wir fördern. Das beinhaltet  
136 ein abgeschlossenes Studium der islamischen Theologie sowie eine darauf  
137 aufbauende Ausbildung als Geistlicher. Wir wollen eine von Staaten wie der  
138 Türkei unabhängige Ausbildung von Imamen auf deutscher Sprache und auf dem Boden  
139 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unter diesen Rahmenbedingungen  
140 setzen wir uns für eine staatliche Förderung ein, denn sie dient dem Kampf gegen  
141 Islamismus und verringert den ausländischen Einfluss in deutschen  
142 Moscheegemeinden.

143 Wir wollen den Dialog mit Moscheen stärken und Integrationsbemühungen mehr  
144 unterstützen. Die Förderung hat auch das Ziel, den Einfluss islamitischer  
145 Strukturen aus anderen Ländern auf hiesige Moschee-Gemeinden zu verringern. Die  
146 Förderung von Vereinen, die Integration behindern, ist zu überprüfen und bei  
147 Bedarf zu stoppen.

#### 148 **Islamismus und Extremismus lokal, national und europäisch bekämpfen**

149 Um Islamismus und Extremismus erfolgreich zu bekämpfen, müssen wir die  
150 Koordination und den Informationsaustausch zwischen den Bundesländern, zwischen  
151 Ländern und Bund und zwischen den EU-Mitgliedsländern verbessern. Diese  
152 Zusammenarbeit muss insbesondere auf eine verbesserte Gefährder-Überwachung  
153 zielen.

154 Extremist\*innen und Terrorist\*innen agieren in vielen Fällen über Grenzen  
155 hinweg. Auf europäischer Ebene braucht es deshalb eine gemeinsame Definition des  
156 Gefährder-Begriffs, um eine engmaschige Kooperation der Mitgliedsländer zu  
157 ermöglichen. Es braucht ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen  
158 Ermittlungsteams und eine Stärkung des Europäischen Polizeiamts (Europol) und  
159 der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO).

## Unterstützer\*innen

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Hans-Ulrich Sckerl (KV Neckar-Bergstraße); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Thomas Zawalski (KV Ortenau); Konrad Walter (KV Stuttgart); Lukas Weber (KV Heidelberg); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Alexandra Alth (KV Alb-Donau); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg); Danyal Bayaz (KV Kurpfalz-Hardt); Julian Dietzschold (KV Heidelberg); David Vaulont (KV Freiburg); Uwe Janssen (KV Esslingen); Chantal Kopf (KV Freiburg); Wolfgang Dürrenberger (KV Biberach)